

Correspondenzblatt

der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Arbeitgeberverbände.

An Versuchen, die Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisation durch staatliche Zwangsmaßregeln zu unterdrücken, hat es in Deutschland sicher nicht gefehlt. Trotz mangelhaften Koalitionsrechtes und trotz des fortgesetzten Bestrebens, auch die geringen gesetzlichen Rechte durch eine knifflische Auslegungskunst noch mehr zu beschränken, haben die Arbeiter vermocht, ihre Organisationen zu erhalten und zeitweilig wirksam in Aktion treten zu lassen. Zwangs-gesetze und Zwangsmaßregeln auf dem Gebiete der Staatsverwaltung vermögen die gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu vernichten, mögen die Staatsorgane dem Bestreben des Unternehmertums auch noch so eifrig entgegenkommen. Das lernt dieses allmählich einsehen, so wenig das deutsche Unternehmertum sonst auch im Allgemeinen geneigt ist, aus der Geschichte eine Lehre zu ziehen. Zwar kommt es nicht etwa dazu, nun von diesen Zwangsmaßregeln abzusehen, sondern das Geschrei um schärfere Gesetzesbestimmungen und die Anforderungen an die Behörden, die Arbeiter als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln, dauern fort. Aber diese Leute, welche nicht müde werden, durch Aufreizung zum Klassenhaß den Staat zu veranlassen, den Arbeitern das bishen Koalitionsrecht zu nehmen, sie beginnen neben dieser bisher geübten Thätigkeit, auch selbst Organisationen zu schaffen, um Das, was der Staat nicht erreichen kann, nachzuholen. Sie scheinen sich der angenehmen Hoffnung hinzugeben, daß, wenn zu den staatlichen Zwangsmitteln noch die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der beteiligten Arbeiterkreise hinzutritt, dann die Arbeiterorganisationen vernichtet werden können. Diese Hoffnung dürfte eine überaus trügerische sein. Was auf diesem Gebiete von dem einzelnen Unternehmer hat geschehen können, das ist in ausreichendem Maße geschehen, und wenn Das, was der Einzelne gethan, durch die Organisation der Unternehmer im großen Stile erfolgt, so wird zwar eine größere Zahl der Arbeiter von Noth und Elend infolge der Maßregelungen betroffen, aber deren Organisation nicht vernichtet werden.

Nun bedarf es keiner Auseinandersetzung darüber, daß wir den Unternehmern rückhaltlos dasselbe Recht zur Organisation zusprechen, wie wir es für die Arbeiter verlangen. Aber das ist es eben: das gleiche Recht verlangen wir. Raum

ein Tag vergeht, an dem nicht diese oder jene Arbeiterorganisation von Polizeischereereien betroffen wird; noch nie aber hat man gehört, daß eine Organisation der Arbeitgeber dem gleichen Schicksal ausgesetzt gewesen ist. Im Gegentheil, der neu gegründete Arbeitgeberverband „Industria“ konnte sich in einem unlängst verbreiteten Zirkular rühmen, das königlich preussische und königlich sächsische Ministerium haben „ihre grundsätzliche Zustimmung zur Gründung einer Versicherungsgesellschaft gegen Verluste durch Arbeits-einstellungen ausgesprochen.“ In demselben Zirkular wird aber gesagt, daß in dem Eingreifen der Organisation bei Streiks „zugleich ein wirksames Mittel gegenüber dem terrorisirenden Einflusse der Sozialdemokratie auf die Arbeitermassen gegeben sei.“ Noch deutlicher ist folgende Stelle: „Wir wollen die einsichtigeren Elemente unter den Arbeitern von dem irreleitenden Einfluß der politischen Partei befreien und ihnen ein Rückgrat für eine zweckmäßige Organisation ihrer eigenen Gewerkschaften darbieten!“ Ob Dieses sich ohne politische Thätigkeit wird ausüben lassen, ist fraglich, denn es wird kaum angehen, eine politische Partei zu bekämpfen, ohne Politik zu treiben.

Trotz preussischen und sächsischen Vereinsgesetzes hat diese Organisation die grundsätzliche Zustimmung der Ministerien. Da muß doch dem Arbeiter endlich zum Bewußtsein kommen, wie gleichartig die Rechte der Staatsbürger sind und was für eine Bedeutung der Satz hat: Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich.

Getreu der Tendenz, die in den höheren Regionen gegenüber den Arbeitern vorherrscht, werden die Arbeitgeberorganisationen nicht etwa zu dem Zwecke gegründet, um einen Ausgleich bei den Differenzen zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen, sondern die Arbeiter zu hindern, zu einer besseren Lebenshaltung zu kommen. Für den Typus des deutschen Unternehmertums sind alle Forderungen der Arbeiter abzuweisen, daher zu verwerfen und zu bekämpfen, und die Organisationen, welche die Durchführung dieser Forderungen ermöglichen, zu vernichten. Mancher Kapitalist mag daran denken, in kurzer Zeit mächtige Organisationen, gleich den englischen Arbeitgeberverbänden, schaffen zu können, ohne aber bereit zu sein, den Arbeiter bei der Entscheidung von wirtschaftlichen

Schiffszimmerer, Lokalverb. Hamburg M.	83,85	München, Gewerkschaftskartell (5. Rate) M.	300,—
Beddel	37,80	Darmstadt, Stammgäste d. „gold. Rose“	
Hafenarb., Mitgliedsch. Gewerf. Hamb. "	250,—	b. e. Christbaumverst. a. Sylbester "	40,—
Hamburg, S. M. Quartbüdel	6,—	Hafenarbeiter, Mitgliedsch. Speicherarb.	
Schneider, Zahlst. Hamburg (4. Rate) "	29,—	gef. bei Groth u. Konforten	18,—
Tabakarb., " Gimsbüttel (8. Rate) "	59,80	Hamburg, Schiffsreiniger, Arbeitsstelle	
Dachdecker, " Frankfurt a. M.	5,80	Sietas (3. Rate)	32,19
" " Gotha	3,75	Schneider, Zahlst. Straßburg i. E.	2,50
" " Darmstadt	3,70	Maurer " Nienbüthen (2. Rate) "	12,—
" " Wiesbaden	5,70	Glaszer, " Stuttgart (3. Rate) "	20,—
" " Nürnberg	6,80		
" " Marburg	2,—		
" " Halberstadt	5,—		
" " Halle a. S.	6,86		
Hafenarb., " Hamburg (Schauer-			
leute, Brasilianer) "	10,50		
Berlin, Gewerkschaftskommiff. (18. R.) "	400,—		
		M. 5194,62	
		Bereits quittirt " 90637,07	
		Summa M. 95831,69	

C. Legien.

Die Stärke und Tendenz der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine.

Mit unserem unter der gleichen Aufschrift im „Correspondenzblatt“ veröffentlichten Artikel scheinen wir die Gewerkvereine resp. deren Führer an der wundesten Stelle getroffen zu haben. Die Verbandsmitglieder folgen naturnothwendig dem Zuge der Zeit und wollen sich der süßlichen Tonart ihrer nach Anerkennung von oben strebenden Führer nicht mehr so willig wie bisher anschließen. Deshalb gilt es für diese, sich den Anschein zu geben, als wäre die schärfere Tonart ihnen angeboren, als wären sie seit je Helden im Kampfe gegen die arbeiterfeindlichen Bestrebungen der Unternehmer gewesen. Aber die Spuren einer mehr als 25jährigen harmonieseligen Thätigkeit lassen sich nicht durch einige Phrasen der schärferen Tonart verweischen. Noch im Januar 1892 schrieb Dr. M. Hirsch im „Gewerkverein“:

„Unser vornehmstes Ziel ist die Erreichung der Gleichberechtigung und auf dieser Grundlage muß sich ein gemeinsames Vorgehen mit den Arbeitgebern zur allmäligen Verbesserung der Lage der Arbeiter erzielen lassen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßten durch die großen volks-

wirtschaftlichen und persönlichen Schäden der Streiks gewigtigt werden, daß die Gemeinamkeit der Interessen beider Theile kein leerer Wahn ist.“

Heute den Radikalen zu spielen, das geht nun einmal nicht. Wer in den letzten zehn Jahren den „Gewerkverein“ gelesen hat, wird wissen, wie in den Zentralrathssitzungen, deren Protokolle dort veröffentlicht sind, die Herren fortgesetzt von unten gedrängt wurden, bis sie sich schließlich von der Theorie der absoluten Selbsthülfe, wenn auch mit Widerstreben, bis zum gesetzlichen Maximalarbeitsstag gemausert haben.

Jetzt an ihrem guten Willen zu zweifeln, daß es ihnen Ernst ist mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter, hieße ihre mühsam gehaltene Position, sich den Anschein als Arbeitervertreter zu geben, erschüttern. Deshalb öffnet der „Gewerkverein“ sein bekanntes Schimpflegikon und überschüttet uns mit einer Fluth widerlicher Schimpfereien. Das sicherste Zeichen, daß wir das Richtige getroffen. Deshalb „Glück auf“ auf dem Wege zum Radikalismus.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember 1897 eingegangene Gelder.

Quartalsbeiträge (3. Quartal 1897) Verband der Former	M.	123,70
" (3. Quartal 1897) Verband der Fabrikarbeiter	"	418,74
" (3. Quartal 1897) Verband der Zimmerer	"	503,—
" (3. Quartal 1897) Verband der auf Holzplätzen beschäftigten Hülfsarbeiter	"	27,—
" (4. Quartal 1896) Verband der Maurer	"	969,95
" (1. Quartal 1897) " " "	"	268,23
" (2. Quartal 1897) " " "	"	1083,69
" (3. und 4. Quartal 1897) Verband der Handlungsgehülften	"	13,50
" (3. Quartal 1897) Unterstützungsverein der Kupferschmiede	"	99,—
" (4. Quartal 1897) Zentralverein der Bildhauer	"	95,50
" (1. und 2. Quart. 1897) Verband der Schneider	"	375,—
" (1., 2. und 3. Quartal 1897) Verband der Bauarbeiter	"	363,81
" (3. Quartal 1897) Verband der Buchbinder	"	150,—
" (3. und 4. Quartal 1897) Deutscher Metallarbeiterverband	"	2000,—
" (3. Quartal 1897) Vereinigung der Schmiede	"	43,62
" (3. Quartal 1897) Verband der Porzellanarbeiter	"	256,59

Ab. Röske, Hamburg-Gimsbüttel, Meißnerstr. 5, Haus 1, III.

Fragen als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen. Dieses aber geschieht von den Arbeitgeberverbänden Englands, und das sichert diesen eine große Machtentfaltung. Gewöhnt, jede freie Regung des Volkes durch Polizeigewalt unterdrückt zu sehen, kann der deutsche Unternehmer sich eine Organisation seiner Genossen zu einem anderen Zwecke garnicht denken. Die Thätigkeit, welche Arbeitgeberverbände an einzelnen Orten bei der Niederwerfung von Streiks und der Aussperrung und Mahregelung mißliebiger Arbeiter bisher entwickelt haben, lassen darüber keinen Zweifel. Die hierbei dann erzielten Erfolge, wenn diesen Verbänden keine genügend starke Arbeiterorganisation gegenüber stand, mögen aber auch dazu angereizt haben, dieses System bei ganzen Industriezweigen und schließlich bei dem gesamten Unternehmertum des Landes einzuführen.

Die diesbezügliche Anregung ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Am 28. November 1897 ist eine Versicherungsgesellschaft gegen Verluste bei Arbeitseinstellungen unter dem Namen „Industria“ mit dem Sitz in Berlin gegründet worden. Daß diese Organisation aber noch andere Zwecke verfolgt, als nur Streikverluste zu ersetzen, ergeben die vorstehenden Zitate aus dem erwähnten Zirkular. Die Gesellschaft soll ein Kapital von M. 5000 000 ansammeln, und zwar so, daß 5000 Aktien à M. 1000 verausgabt werden. Auf jede Aktie sind M. 250 einzuzahlen und der Rest in Wechseln zu hinterlegen. Aus diesem Kapital soll dann der wirkliche Schaden, den der Versicherte durch einen Streik durch die in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter erleidet, und zwar auf die Dauer von vier Monaten, ersetzt werden. Die Entschädigungspflicht der Gesellschaft erstreckt sich nach Maßgabe besonderer Bestimmungen a) auf Ersatz der laufenden Generalunkosten, darunter insbesondere der weiter zu zahlenden Gehälter und Löhne, b) auf Ersatz des Verlustes von Material, c) auf Ersatz der etwa verfallenden Konventionalstrafen. Vor Inanspruchnahme der Versicherung ist unter besonders festgesetzten Bedingungen ein Einigungsverfahren herbei zu führen.

Die Ministerien haben sich dahin ausgesprochen, daß hierbei die Einigungsämter der Gewerbegerichte in Anspruch genommen werden sollen. Ob dies geschehen wird, ist in dem Zirkular aber nicht gesagt. Die Organisation soll jedoch Einigungsversuche machen, und zwar wird darüber gesagt: „Überall, wo berechtigte Klage geführt wird und berechtigte neue Forderungen geschäftlicher Art aufgeworfen werden, soll sie zum friedlichen Ausgleich interbeniren, überall, wo unberechtigte Forderungen laut werden und ein hegerisches Vorgehen gegen die Arbeitgeber zu Tage tritt, schützen und helfen.“

Unter diesen Bedingungen dürfte bei den Anschauungen der Mehrheit der deutschen Unternehmer die Organisation nicht leicht Gelegenheit finden, Einigungsversuche zu machen.

Das Interessanteste bei dieser angeblich rein wirtschaftlichen Organisation ist die mehrere Male wiederholte Andeutung, daß der hegerischen Arbeit der sozialdemokratischen Agitation der Boden entzogen werden solle. Mit der einfachen Streikversicherung wird das aber kaum gehen. Welche anderen Mittel man anzuwenden gedenkt, geht

aus den allgemeinen Umrissen, welche für die Organisation der Öffentlichkeit gegenüber gegeben sind, nicht hervor. Doch läßt sich aus dem, was in den einzelnen Branchenorganisationen der Unternehmer erstrebt wird, wohl auf diese Gesamtorganisation schließen. Der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten Deutschlands hat einen Entwurf für eine Art Streikreglement veröffentlicht, welches auf einer außerordentlichen Generalversammlung, die am 15. Januar in Frankfurt a. M. stattfindet, berathen werden soll. Der § 1 des Entwurfes lautet:

„Zweck des Verbandes ist, ungerechtfertigte Maßnahmen der Arbeiter, namentlich ungerechtfertigten Arbeitseinstellungen im Ganzen oder in Einzelnen entgegen zu treten, andererseits aber auch, Streitigkeiten zwischen einzelnen Schuhfabrikanten und ihren Arbeitern, welche zu derartigen Arbeitseinstellungen führen können, nach Möglichkeit zu schlichten.“

Aber wie soll dies geschehen? Eine Kommission des Arbeitgeberverbandes entscheidet darüber, ob die Forderungen der Arbeiter berechtigt sind, falls nicht vorher die stets einzuberufende außerordentliche Generalversammlung die Sache entschieden hat. Daß die Arbeiter zu befragen sind, wird nicht gesagt, scheint ja auch bei den Anschauungen, die diesbezüglich in Deutschland vorherrschend sind, den Herren nicht erforderlich. Die Kommission entscheidet, und welche Folgen dieser Entscheid für die Arbeiter haben kann, zeigen die folgenden Sätze des Entwurfes:

„Geben die Arbeiter der Entscheidung der Kommission nicht nach, so hat diese beim Verbandsvorsitzenden sofort die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu beantragen und derselben ihre Entscheidung vorzutragen. Die Generalversammlung hat sodann als höchste Instanz über den streitigen Fall und eventuell über die sofortige Einstellung des Betriebes der Fabriken sämtlicher Verbandsmitglieder Beschluß zu fassen. Dieser letztere Beschluß ist nur durch eine außerordentliche Generalversammlung wieder aufzuheben.“

Was von dem Geschrei über den Terrorismus der Arbeiter zu halten ist, das wissen wir, daß aber das deutsche Unternehmertum es wagen kann, in voller Öffentlichkeit solche Satzungen anzunehmen und an einem Streik unbetheiligte Arbeiter auf das Straßenspflaster zu werfen, das zeigt, welcher Art dieses Unternehmertum ist.

Wie diese Leute bezüglich der Organisation der Arbeiter denken, zeigen die nachstehenden zwei Paragraphen des Entwurfes:

§ 6. Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet Streitigkeiten zwischen ihm und seinen Arbeitern welche es nicht selbst zu schlichten vermag, sofort bei dem Vorsitzenden des Verbandes zur Anzeige zu bringen.

§ 16. Das einzelne Verbandsmitglied hat bei Streitigkeiten nur mit seinen eigenen Arbeitern zu verhandeln.

Die Arbeitgeber haben die Verpflichtung, den Verband in Streitfällen anzurufen, aber dürfen mit der Organisation der Arbeiter nicht unterhandeln. Deutlicher kann es nicht ausgesprochen werden, daß solche Organisationsgründungen vornehmlich die Aufgabe haben, den Arbeitern das geschlossene Auftreten unmöglich zu machen. Mag

man sich auch den Anschein geben, als sei man geneigt, berechtigten Ansprüchen der Arbeiter entgegen zu kommen, es glaubt kein vernünftiger Arbeiter daran. Gelingt es einmal, die wahren Meinungen dieser Arbeiterfreunde kennen zu lernen, so zeigt sich der Egoismus und die Rücksichtslosigkeit in der schärfsten Form.

Auch der am 14. November 1897 in Oesterreich gegründete Bund der Industriellen versucht, sich das Mäntelchen der Arbeiterfreundlichkeit umzuhängen. Im Oktober 1896 wurde von einer Versammlung von ca. 1000 Arbeitgebern, die ca. 200 000 Arbeiter beschäftigen, ein industrielles Aktionscomité eingesetzt, welches jetzt die Gründung des Arbeitgeberverbandes herbeigeführt hat. Das Organ der österreichischen Gewerkschaftskommission, „Die Gewerkschaft“, sagt bezüglich dieser Gründung: „Hatte das „Industrielle Aktionscomité“, welchem weit mehr als 1000 Unternehmer Gefolgschaft leisteten, schon einen ebenso großen wie unheilvollen Einfluß, so wird der neue Bund der österreichischen Ausbeuter, an dessen Spitze der so verschlagene wie energische Industrielle Pastree berufen wurde, noch einen ganz anderen Einfluß ausüben. Die konstituierende Versammlung war

auffallend stark besucht und es ist zu erwarten, daß der Bund in kürzester Zeit den letzten bedeutenden Unternehmer in sich aufnimmt und zu einem Bollwerk aller Ausbeuter gegen alle natürlichsten und in den Verhältnissen begründeten Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft wird.“

So sucht das Unternehmertum aller Industriezweige und aller Länder Vereinigungen zur Unterdrückung der Arbeiterorganisationen zu schaffen. Diese Unterdrückung kann gelingen, wenn sich nicht die Arbeiter aufraffen und ihre Organisationen fest formiren und kein Opfer scheuen, sie zu erhalten. Verläßt die Arbeiterschaft, so wird es für die Unternehmer ein Leichtes sein, die in der Entwicklung begriffenen Gewerkschaften zu sprengen. Sind diese aber stark genug und besitzen ihre Mitglieder trotz aller drohenden Gefahren den Muth, den Kampf für ihre natürlichsten Rechte aufzunehmen, dann dürften bei dem bisherigen Verhalten der Unternehmer die 5 Millionen Grundkapital der „Industria“ bald in alle Winde zerstreut sein. Dann werden wir die Arbeitgeberverbände nicht zu beseitigen suchen, aber wir werden sie zwingen, die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter in wirthschaftlichen Fragen anzuerkennen.

Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Aus dem monatlichen Journal der Vereinigten Maschinenbauer Englands (Januar-Ausgabe)
von Clement Edwards.

Die Delegation der Association in der Britischen Eisenindustrie, welche kürzlich ausgesandt wurde, um die Ursachen der wachsenden Konkurrenz der belgischen und deutschen Eisen- und Stahlindustrie gegenüber England festzustellen, berichtet, daß „unzweifelhaft der wesentlichste Faktor für die größere Konkurrenzfähigkeit jener Länder die höheren Frachtsätze in England seien. Die Belgier senden ihr Eisen 100 Meilen per Eisenbahn nach Antwerpen und von dort weiter über See nach London mit weit geringeren Kosten, als in England von den Eisenbahnkompagnien von Staffordshire nach London genommen werden.“ „Wir sind der Meinung“, heißt es in dem Bericht, daß, wenn die Fabrikanten Englands dieselben Eisenbahnfrachtsätze und Berechtigungen wie jene auf dem Kontinent hätten, die Konkurrenz fremder Länder in neutralen Märkten geschlagen werden könnte.“

Als Beleg für ihre Behauptung gibt die Delegation folgenden Vergleich:
Eines der größten Werke in Deutschland, 150 Meilen von einem Hafenplatz belegen, kann sein verarbeitetes Eisen oder Stahl für M. 3,50 pro Tons per Eisenbahn nach Antwerpen be-

fördern lassen; die englischen Eisenbahnkompagnien berechnen für dieselbe Entfernung in England dreimal so viel. Das Verhältnis zwischen belgischen und englischen Frachtsätzen ist annähernd dasselbe. Die Kommission konstatiert, daß die durchschnittlichen Frachtsätze in England für Eisen höhere seien um 58 pZt. gegen Frankreich, um 87 pZt. gegen Deutschland, um 87 pZt. gegen Luxemburg, um 82 pZt. im Allgemeinen.

Dieser Bericht ist insofern interessant, als er deutlich zeigt, wie viel Grund die deutschen Unternehmer haben, über die ausländische Konkurrenz zu klagen. Der Staat gewährt ihnen niedrige Frachtsätze und sichert ihnen durch Vorenthaltung des vollsten Koalitionsrechtes für die Arbeiter die ungestörteste Ausbeutung. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit würden aber nicht ausreichen, um die englische Eisenindustrie mit hohen Löhnen und kürzerer Arbeitszeit (Die Maschinenbauer haben neunstündige Arbeitszeit und M. 38 Minimallohn.) aus dem Felde zu schlagen. Das Klagen der Kapitalisten aller Länder über die ausländische Konkurrenz hat aber nur den Zweck, jede Aktion zur Besserung der Lage der Arbeiter zu hintertreiben.

Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells in Staßfurt für 1897.

Das Kartell wurde am 23. Mai 1897 in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung gegründet und konstituirte sich am 2. Juni 1897. Die Kartellkommission legte das Hauptaugenmerk auf die Organisirung der Bergarbeiter. Diese bilden bei dem ausgedehnten Steinsalz- und Kali-Bergbau im Staßfurter Bezirk den Stamm der industriellen Arbeiterschaft. Die Organisation machte erfreuliche Fortschritte, und gelang es, dieselbe zum Mittelpunkt für die Bewegung der Arbeiter der

mitteldeutschen Kali-Industrie zu machen. Neuerdings ist für diese Arbeiter eine besondere Agitationskommission eingesetzt worden und kann deshalb die Kartellkommission sich mehr der Agitation unter der Arbeiterschaft anderer Berufe widmen, und sind auch dort günstige Resultate zu verzeichnen.

Des Weiteren hat das Kartell mit der Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens begonnen, sowie eine lebhafteste Agitation dafür inszenirt, daß die Arbeiter sich mehr um die